

# Politiker von links bis rechts kritisieren Abschaffung der Classe Bilingue in Bern

Ab 2026 gibt es in der Hauptstadt des zweisprachigen Kantons Bern keine «Classe Bilingue» mehr. 91 Kinder sind betroffen. Der Alleingang der neuen Bildungsdirektorin entsetzt alle.

Werner De Schepper

Die freisinnige Grossrätin Claudine Esseiva ist Präsidentin von Bernbilingue, einer Vereinigung, die sich für die Zweisprachigkeit einsetzt. Sie wohnt in Bern und hat einen elfjährigen Sohn. Er ist eines von 91 Kindern, die im Schulhaus Matte zur Hälfte auf Deutsch und zur Hälfte auf Französisch unterrichtet werden. «Für ihn ist es genial», sagt Esseiva. «Zu Hause reden wir Schweizerdeutsch, Fernsehen schaut er auf Französisch und er begreift alles.» Die Lehrkräfte seien fantastisch und er gehe gern in die Classe Bilingue. Doch am Montag erhielt die begeisterte Mutter über die Schul-App «Klapp» aus heiterem Himmel die Mitteilung des Schulamtes, dass der zweisprachige Schulversuch in der Stadt Bern auf Ende Schuljahr 2025/26 eingestellt wird.

Claudine Esseiva versteht die Welt nicht mehr: «Damit hat niemand gerechnet. Es ist ein absolut erfolgreiches Projekt. Wir haben im Gegenteil für einen Ausbau gekämpft. Damit es auch im Zyklus 3 Bilingue-Klassen gibt. Das ist eine Katastrophe auf dem Buckel der Kinder.»

## «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg»

In der Mitteilung des Schulamtes an die Eltern wird der Entscheid hauptsächlich operativ mit Umsetzungsschwierigkeiten begründet: So seien die Lektionen des deutschsprachigen Lehrplans 21 und des französischsprachigen plan d'études romand (PER) «zu wenig kompatibel.»

Dazu sagt Anna Tanner, SP-Bildungsdirektorin der Stadt Biel: «Das stimmt.» Es braucht mehr Absprachen und mehr Personal. Aber sie hält an die Adresse der grünen Stadtberner Bildungsdirektorin Ursina Anderegg unmissverständlich fest: «Letztlich ist es eine Frage des Willens, und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.»

Das sieht auch Tanners Parteikollegin, die Bieler Stadtpräsidentin Glenda Gonzalez Bassi so: Seit 2010 zeige Biel mit der «Filière



Die neue grüne Berner Gemeinderätin Ursina Anderegg beendet das Projekt «Classe Bilingue» und erntet einen Sturm der Entrüstung von links bis rechts. Bild: Raphael Moser

Bilingue», dass dieser Weg wirklich funktioniere, unterschiedliche Lehrpläne hin oder her.

## Bern hat keine Hilfe in Biel geholt

Obwohl Biel seit 15 Jahren Erfahrung darin hat, die Lehrpläne schülergerecht zu vereinbaren, hat die neue grüne Bildungsdirektorin der Stadt Bern, Ursina Anderegg, keinen direkten Kontakt zu Biels Bildungsdirektorin Anna Tanner gesucht. Was beide bestätigen. «Die Rahmenbedingungen in Bern unterscheiden sich von Biel», so Anderegg.

Dafür erntet Anderegg selbst Kritik von grüner Seite: «Das finde ich sehr schade», sagt Christoph Grupp, Co-Präsident der Grünen Fraktion im Grossen Rat. Er überlege sich, ob er eine Anfrage einreichen solle, um von der kantonalen Bildungsdirektorin Christine Häslar, ebenfalls eine Grüne, zu erfahren, ob

der Kanton beim Wissenstransfer von Biel nach Bern nicht helfen könne.

Laut der Medienmitteilung der städtischen Direktion für Bildung bedeuten die zweisprachigen Klassen für die Stadt jährlich bis zu einer Million Franken Mehrkosten. Auch wenn Grossrat Grupp für die finanzielle Seite des Entscheides Verständnis hat, hält er fest: «Ich finde es überhaupt nicht gut, wenn es in der Hauptstadt eines zweisprachigen Kantons keinen zweisprachigen Unterricht mehr geben soll.» Er hofft auf eine Korrektur des Entscheids. Das sei aber eher Sache des Berner Stadtrates als des Grossen Rates, so Grupp.

## Anderegg: «Entscheid ist definitiv»

Gemeinderätin Ursina Anderegg verteidigt ihren Entscheid und will nicht darauf zurückkommen. «Der Entscheid ist definitiv. Die

Eltern wurden bereits informiert und er wurde begründet.» Nebst der Lehrplan-Koordination hebt Anderegg auch die Tatsache hervor, dass es sehr schwierig sei, geeignete, zweisprachige Lehrkräfte für diese Klassen zu finden.

Der Entscheid sei auf operativer und fachlicher Ebene gefällt worden. Dieser liege in der Kompetenz der Direktion. Sie habe aber den Gemeinderat darüber informiert. Anderegg betont, dass sie das Ende des Versuchs auch bedaure.

In der Mitteilung an die Eltern steht allerdings nirgends, dass dies ein Entscheid der städtischen Bildungsdirektorin sei. Stattdessen heisst es: «Nach der Laufzeit von knapp sechs Schuljahren ist die Classe-Bilingue-Steuergruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamtes, der Schulkreiskommission, der Schul- und Tagesbetreuung und des Kantons, zum Schluss

gekommen, den Schulversuch auf Ende des Schuljahres 2025/26 nicht zu verlängern.»

Das wiederum stört den Kommunikationschef der kantonalen Bildungsdirektion, Yves Brechbühler. «So was kann ja nicht auf Ebene Steuergruppe entschieden werden. Das ist ein politischer Entscheid.» Dazu Ursina Anderegg: «Es ist ein breit abgestützter fachlicher und betrieblicher Entscheid, welcher von mir und der Begleitgruppe gemeinsam gefällt wurde.»

## «Ich nehme den Entscheid zur Kenntnis»

Bildungsdirektorin Christine Häslar selbst wollte am Dienstag in Biel bei der Grundsteinlegung des neuen Campus nicht inhaltlich Stellung nehmen: «Ich nehme den Entscheid zur Kenntnis.» In einer gemeinsamen Medienmitteilung sprechen die beiden

staatspolitischen Vereinigungen Bernbilingue und Forum du Bilinguisme von einem «bildungs-politischen Skandal». Sie verlangen «eine transparente Kommunikation der Stadt Bern und des Kantons und eine politische Aufarbeitung der Gründe».

Häslar wies die Kritik umgehend zurück: «Ich bin der falsche Adressat.» Der Kanton habe das Projekt bewilligt, aber nicht gestoppt. Das sei ein autonomer Entscheid der Gemeinde.

Deutlicher verurteilt die Berner SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen den Entscheid ihres Wohnortes: «Ich habe null Verständnis.» Die technokratische Begründung mit Lehrplan, Lehrkräftemangel und fehlendem Schulraum überzeuge sie «überhaupt nicht». Zumal das Französisch derzeit überall als Schulfach unter Druck komme. Umso mehr müsse der zweisprachige Kanton Bern und die Hauptstadt dazu Sorge tragen.

## Auch École Française in Gefahr

Für die Bieler Stadtpräsidentin Gonzalez Bassi ist der Entscheid umso bedenklicher, als gleichzeitig auch die École Française in Bern in ihrer Existenz gefährdet sei. Denn der Bundesrat will im Rahmen des Entlastungspaketes die Zahlung an die französische Schule in Bern einstellen. Das gleichzeitig drohende Ende der École Française und der Classe Bilingue beunruhigt auch Grossrat Grupp. «Das wäre ein schlechtes Zeichen für die Zweisprachigkeit im Kanton.»

Auch wenn Ursina Anderegg betont, dass ihr Entscheid definitiv sei, wächst der Widerstand. Betroffene Eltern wollen mit einer Petition Unterschriften sammeln. Und die FDP der Stadt Bern kündigt an, dass sie im Stadtrat aktiv werden will. Esseiva hofft inständig, dass das Stadtparlament den Gemeinderat beauftragen werde, den Versuch mit der «Classe Bilingue» zwingend weiterzuführen. Dazu Anderegg: «Selbstverständlich werde ich mich der politischen Debatte stellen.»

Aus dem Grossen Rat

## Budget 2026: Die Richtung ist vorgegeben

In der Sommersession werden die Tätigkeitsberichte im Vordergrund stehen. Von den verschiedenen, dem Berner Parlament zur Genehmigung vorgelegten Berichten betreffen zwei Finanzinformationen und werden sich auf das Budget 2026 auswirken.

Zuerst wird das Berner Parlament über den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024 des Kantons debattieren. Die erzielten 11 Millionen Franken Verlust liegen leicht unter dem erwarteten Resultat. Obwohl die-

ses nahezu ausgeglichene Ergebnis zufriedenstellend ist, gibt es einen besorgniserregenden Indikator: die Höhe der Verschuldung. Zum ersten Mal seit 2021 ist dieser gestiegen. Die Folgen einer steigenden Verschuldung sind unmittelbar spürbar: Die Zinsausgaben steigen und finanzielle Ressourcen werden «blockiert», anstatt für öffentliche Aufgaben eingesetzt zu werden. Welche Möglichkeiten hat der Kanton, seine finanziellen Ressourcen zu erhöhen? Noch mehr Schulden machen oder die

Steuern erhöhen? Keine davon ist langfristig umsetzbar, weshalb die Schuldenbremse rigoros angewendet werden muss.

Danach wird über die interkantonale Vergleichsstudie debattiert. Dieser Bericht wird erstellt, um die Anforderung der Berner Verfassung zu erfüllen: Jede kantonale Aufgabe muss periodisch analysiert werden, um ihre Notwendigkeit, ihren Nutzen und das angemessene Kosten-niveau zu belegen. Die Schlussfolgerungen lauten wie folgt: Die

Nettokosten pro Einwohner entsprechen denjenigen der anderen Kantone, während die Finanzkraft des Kantons (ohne Berücksichtigung der Steuereinnahmen) um 13 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt liegt. Somit sieht sich der Kanton Bern gezwungen, einen höheren Steuer-satz als die anderen Kantone zu haben.

Da der Kanton Bern beschlos-sen hat, nicht mehr die hinteren Ränge der interkantonalen Steuer-fuss-Rangliste zu belegen, son-

dern sich im Schweizer Mittel-feld zu bewegen, gibt es nur einen Weg, der zu gesunden Finanzen führt: Kosten senken! Gemäss diesem Bericht liegen drei Bereiche über dem interkantonalen Durchschnitt und werden nun analysiert, um potenzielle Ausgabenkürzungen auszumachen: Alter, Berufsbildung und Polizei.

Beide Berichte zeigen, dass die Richtung für die Kantonsfinanzen gegeben ist: Die Kosten müssen gesenkt und die Schulden-

bremse rigoros angewendet werden. Schon jetzt zeichnen sich lebhaftere Debatten ab.



Pauline Pauli  
hintergrund@bielertagblatt.ch

Info: Pauline Pauli (35), ist Grossrätin FDP, Stadträtin aus Nidau, Dipl. Wirtschaftsprüferin.